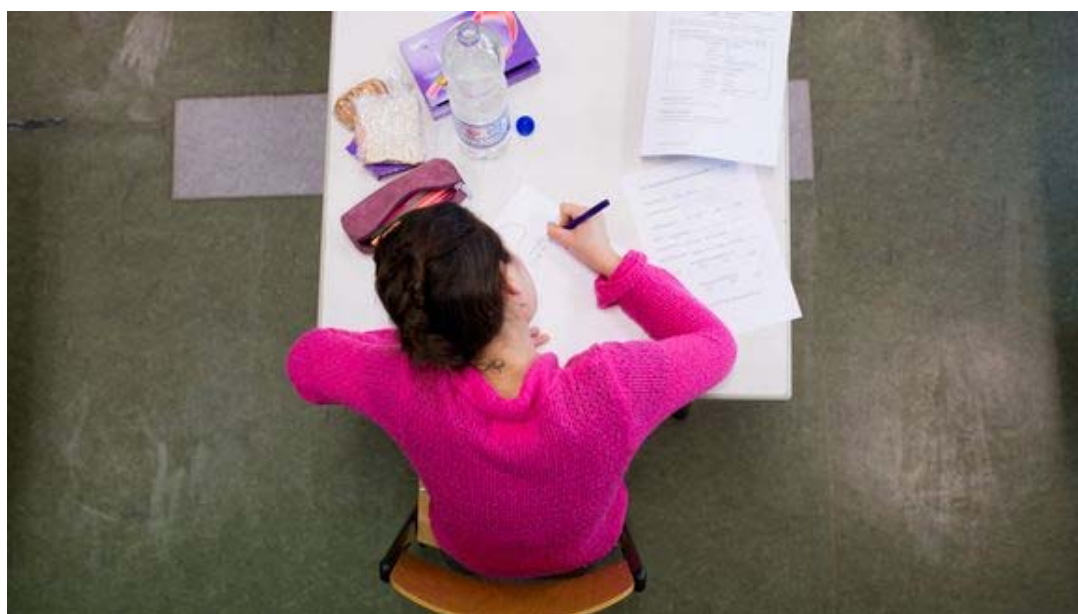


ABITUR:

## Glaubenskrieg um vier Stunden

Das Hickhack um G 8 oder G 9 ist eine Armutserklärung für die Bildungspolitik. Nun rufen Schulforscher Halt. Ein Kommentar von Martin Spiewak

DIE ZEIT N° 25/201412. Juni 2014 06:17 Uhr 122 Kommentare



Abiturprüfung im Mai 2014 in Hannover | © Julian Stratenschulte/dpa

Der Streit um die Verkürzung der Schulzeit wird als eine der dümmsten Debatten in die deutsche Schulgeschichte eingehen. Sie macht keinen Schüler schlauer, keine Unterrichtsstunde interessanter, keine Schule besser. Dennoch wird sie vielerorts mit einer Heftigkeit geführt, die an die pädagogischen Glaubenskriege der siebziger Jahre erinnert. Damals ging es immerhin um Bildungsgerechtigkeit. Heute geht es um 165 Minuten pro Woche.

Diese drei bis vier Unterrichtsstunden wöchentlich müssen Schüler im Schnitt länger im Gymnasium verbringen, um ihr Abitur in acht statt in neun Jahren zu absolvieren. Das treibt erregte Eltern auf die Straße, bringt Schulen an den Rand des Chaos, selbst Ministerpräsidenten in Bedrängnis. Und es lässt eine Reihe von Kultusministern so deppert dastehen wie schon lange nicht mehr.

Vor rund zehn Jahren haben die Kultusminister die Gymnasien gezwungen, die Schulzeit um ein Jahr zu kappen. Curricula mussten angepasst, Stundenpläne umgeschrieben, Schulbücher neu verfasst werden. Es entstanden Kantinen, aus Halbtags- wurden Ganztagschulen. Nun, da all dies halbwegs funktioniert, leiten die

Minister auf Druck erregter Eltern den Rückbau der Reform ein und die Wiedereinführung von G 9. Niedersachsen machte kürzlich den Anfang, andere Bundesländer könnten folgen.

Kurz bevor sich alle Beteiligten vollständig lächerlich machen, rufen nun die renommiertesten Schulforscher des Landes in einer bisher einmaligen Aktion: Halt! In einem offenen "Aufruf zur Versachlichung der Debatte um G 8/G 9" bitten sie die Kultusminister, zur Besinnung zu kommen und sich statt um die Verteilung von Unterrichtsstunden um die Qualität des Gymnasiums zu kümmern. Endlich. Wie es Wissenschaftlern ansteht, ist das Schreiben nüchtern formuliert. Tatsächlich aber kocht in der Gemeinschaft der Bildungsexperten die Empörung hoch. "Total absurd" und "für Deutschland peinlich" sei der G-8-Streit, heißt es hinter vorgehaltener Hand, das Hin und Her der Politik "ein Akt der Feigheit", gar eine "Bankrotterklärung".

Das Schreiben kommt zum rechten Zeitpunkt. Ende dieser Woche trifft sich die Kultusministerkonferenz (KMK) zu ihrer Sommersitzung. G 8 stand eigentlich nicht auf der Tagesordnung, obwohl kaum ein anderer Streitpunkt die Bildungspolitik so stark beschäftigt. Kaum zu glauben, ausgerechnet mit diesem brisanten Thema hat sich die KMK offiziell seit Jahren nicht befasst. Der Grund ist simpel: Die versammelten Minister können sich auf keinen gemeinsamen Kurs einigen. Das Gremium, dessen Existenzberechtigung darin besteht, die Schulpolitik der Länder zu koordinieren, duckt sich weg.

## **Kaum jemand versteht den Sinn von G 8. Die Eltern sind dagegen – kein Wunder**

Die Kultusminister informieren sich nicht einmal gegenseitig. Dass Niedersachsen zur alten Schulzeit zurückkehrt, erfuhren die Minister der anderen Länder über die Medien. Lebendiger Bildungsföderalismus nennt sich so etwas. Dabei setzt die niedersächsische Entscheidung auch andere Bundesländer unter Druck und gibt der G-9-Retrobewegung enormen Auftrieb.

Föderale Zersplitterung, Reformen im Hauruckverfahren, extreme Erregung ohne Empirie: Die Schulzeit-Verkürzungs-und-retour-Posse zeigt die deutsche Bildungsrepublik von ihrer hässlichen Seite. Pädagogische Argumente spielten bei der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium keine Rolle. Stattdessen bemühte man die Arbeitsmarktchancen jüngerer Absolventen als Argument – als ob Schul- oder Universitätsabgänger aus München und Stuttgart bei ihrer Jobsuche mit Gleichaltrigen aus London oder Peking konkurrieren würden.

Bis heute versteht kaum jemand den Sinn von G 8. Kein Wunder, dass die Mehrheit der Deutschen in Umfragen das Abitur nach 13 Jahren favorisiert. Schließlich trägt das Altersargument durch den Wegfall der Wehrpflicht und verkürzte Studienzeiten

mittlerweile nicht mehr. Auch die überfallartige und unintelligente Umsetzung der Reform trug nicht zu ihrer Beliebtheit bei. Statt Lehrpläne zu durchforsten und in der Oberstufe zu kürzen, behielt man den Stoff weitgehend bei und stopfte ihn in die Mittelstufe. Und statt von Sachsen oder Thüringen zu lernen, die schon immer nur zwölf Schuljahre hatten, wollte man es in Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen wieder besser wissen. Nun schaut der Osten mit Spott auf die Jammerwessis. Zu Recht.

Ja, die Einführung von G 8 war überflüssig. Nur: Die Rolle rückwärts zu G 9 macht es nicht besser!

Den größten Irrsinn erlaubt sich gerade Hessen. Hier dürfen nicht nur einzelne Schulen, sondern gar die Eltern einzelner Klassen entscheiden, welche Lernzeit sie für ihre Kinder denn gern hätten, G 8 und G 9 gibt es dann parallel, inklusive aller organisatorischen Probleme. Es scheint, als hätten die Bildungspolitiker in Wiesbaden ihre Arbeit eingestellt.

Dabei gibt es keinen stichhaltigen Nachweis, dass das achtjährige Gymnasium Schülern schadet. G-8ler und G-9ler unterscheiden sich weder in ihrer Leistung noch ihrer Gesundheit oder ihrem Freizeitverhalten. Die Anmeldungen bei Sportvereinen sind nicht zurückgegangen, Musikschulen boomen wie nie, und von Jahr zu Jahr steigt die Zeit, die Kinder an Computern und Daddelgeräten hängen. Auch wenn Eltern über Dauerstress und Zeitnot ihrer Kinder klagen – dass G 8 die Ursache ist, lässt sich nicht belegen. Nicht einmal eine abschreckende Wirkung hat das "Turbo"-Gymnasium: Die Anmeldezahlen steigen permanent. Angesichts dieser Fakten erweisen sich die Horrormeldungen zu G 8, etwa im *Spiegel* ("Gefahr für Leib und Leben"), aber auch in dieser Zeitung ("Fünftklässler müssen so viel lernen wie ihre Eltern beim Abitur"), als Journalistenprosa.

## **Im Gymnasium gäbe es vieles und viel Wichtigeres zu reformieren**

Dennoch lässt sich das G-8-Gymnasium fraglos verbessern. Die Bildungsforscher schlagen in ihrem Aufruf etwa vor, die Unterrichtsbelastung leicht zu reduzieren. Einst haben die Kultusminister eine Mindeststundenzahl von insgesamt 265 Jahreswochenstunden bis zum Abitur für alle Bundesländer festgelegt. Inzwischen haben sich die Länder auf *inhaltliche* Bildungsstandards geeinigt. Sie dürften besser als eine starre Stundenzahl geeignet sein, die Einheitlichkeit des Abiturs in Deutschland zu sichern. Denn nicht die Dauer des Unterrichts, sondern seine Qualität entscheidet darüber, was Schüler lernen.

Auch voneinander könnten die Kultusminister zur Abwechslung einmal etwas lernen. Nicht nur im Osten kennt man keine G-8-Protestdebatte. Auch in Berlin, dem Saarland oder in Bremen ist es überraschend ruhig. In Rheinland-Pfalz ohnehin, wo

man klugerweise nur Gymnasien mit einem Ganztagskonzept die Umstellung auf G 8 erlaubte.

Ansonsten sollten Zeit, Ideen und Nervenkraft von Schulleitungen, Lehrern und Eltern darauf verwendet werden, das Gymnasium pädagogisch voranzubringen. Mehr Hilfen für schwächere Schüler und Angebote für die Leistungsspitze; eine größere Methodenvielfalt im Unterricht sowie eine bessere Studienorientierung: Der Deutschen liebste Schulform kennt viele offene Baustellen. Da hat es überhaupt keinen Sinn, genau die Wände einzureißen, die man gerade notdürftig eingezogen hat.

*Diesen Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich unter [www.zeit.de/audio](http://www.zeit.de/audio)*

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2014/25/g8-debatte-bildungspolitik/komplettansicht>

Zur Startseite